

WNKUWG zieht Antrag zur Gelben Tonne zurück

BM
09.03

WERMELSKIRCHEN (pd) Ob die Bürger künftig ihren Verpackungsmüll in einer Gelben Tonne oder weiterhin in Gelben Säcke entsorgen, ist noch offen. Die WKN/UGW zog in der Sitzung des Umweltausschusses ihren Antrag vorerst zurück. Angeregt hatte sie, eine Bürgerumfrage über die städtische Homepage und soziale Medien zu starten, um zu ermitteln, welches Sammelsystem Wermelskirchener bevorzugen. Denn das neue Verpackungsgesetz sieht vor, dass die Kommunen ab 2019 entscheiden dürfen, wie der Verpackungsmüll entsorgt wird. „Das ist legitim und im Sinne der Wähler“, warb Norbert Kellner (WKN/UGW) für eine Bürgerbeteiligung. Außerdem solle geprüft werden, ob die Systeme auch parallel angeboten werden können. „Es besteht kein Zeitdruck, die Rahmenbedingungen sind nicht bekannt“, bat Bürgermeister Rainer Bleek darum, noch keine Beschlüsse zu fassen und zunächst auf arbeitsaufwendige Umfragen zu verzichten. Es sollen noch Gespräche mit den Entsorgern und dem Dualen System geführt werden. Die Ergebnisse sollten abgewartet werden. Von einem Parallelsystem rate er aber ab. Ausschussvorsitzender Martin Bosbach (CDU) regte an, andere Kommunen nach ihren Erfahrungen mit der Gelben Tonne zu befragen.

Gelbe Tonne: WKN/UGW rudert zurück

UGA
9.3.

Ob die Bürger künftig ihren Verpackungsmüll in einer Gelben Tonne oder weiterhin in Gelben Säcke entsorgen, ist noch offen. Die WKN/UGW zog im Umweltausschuss ihren Antrag vorerst zurück. Angeregt hatte sie, eine Bürgerumfrage über die städtische Homepage und soziale Medien zu starten. Denn das neue Verpackungsgesetz sieht vor, dass die Kommunen ab 2019 entscheiden dürfen, wie der Verpackungsmüll entsorgt wird. „Das ist legitim und im Sinne der Wähler“, warb Norbert Kellner (WKN/UGW) für eine Bürgerbeteiligung. Außerdem solle geprüft werden, ob die Systeme auch parallel angeboten werden können. „Es besteht kein Zeitdruck, die Rahmenbedingungen sind nicht bekannt“, bat Bürgermeister Rainer Bleek darum, noch keine Beschlüsse zu fassen. Es sollen noch Gespräche mit den Entsorgern und dem Dualen System geführt werden. Die Ergebnisse sollten abgewartet werden. Von einem Parallelsystem rate er aber ab. Ausschussvorsitzender Martin Bosbach (CDU) regte an, andere Kommunen nach ihren Erfahrungen zu fragen. pd

WGA 17.03.2018

Fütterverbot soll in die Ortssatzung

WNK/ UWG will sich im Rat dafür starkmachen. Taubenhäuser sind derzeit kein Thema.

Von Daniel Dresen

Dass Wermelskirchen für so manchen Großstädter ein Nest ist – geschenkt. Aber dass die Kleinstadt mit Herz als Taubennest verkommt, das geht mittlerweile vielen Bürgern zu weit. Eine von ihnen ist Doris Blicke, Anwohnerin der Telegrafienstraße. Wie der WGA vergangene Woche berichtet hat, hatte sie ihr Schlafzimmer gelüftet, das Fenster weit geöffnet. Diese Gelegenheit nutzten drei Tauben und verunreinigten ihr Schlafzimmer mit Kot. Daher macht sich am Montag die WNK/ UWG im Rat dafür stark, das Fütterungsverbot von Tauben mit in die Ortssatzung aufzunehmen. Das verspricht der Fraktionsvorsitzende der Partei, Henning Rehse, im Gespräch mit dem WGA. „Dann hat die Stadt endlich Handlungs- und Rechtssicherheit“, kündigt Rehse an.



Taubenplage beschäftigt weiter die Kleinstadt mit Herz. Die WNK/ UWG setzt sich in der kommenden Ratssitzung dafür ein, das Fütterverbot von Tauben in die Ortssatzung aufzunehmen. Archivfoto: Hans-Dieter Schmitz

Denn das Vorgehen der Taubenfreunde würde immer dreister werden. „Es gibt eine Dame, die hat sich Löcher in ihre Manteltaschen geschnitten und lässt dann dadurch auf der Telegrafienstraße das Futter rieseln. Sie wirft es also nicht wie die Kamelle an Karneval auf die Straße.“ Die Frau sei vor allem am frühen Morgen oder zur Dämmerung aktiv und stadtbekannt.

„Die Tauben haben sich über den Falken kaputt gelacht.“

Günter Leuerer, über die Vergrämungsmethode

Passanten und das Ordnungsamt hätten sie bereits mehrfach darauf angesprochen – ohne Erfolg. Sie musste auch bereits für die Ordnungswidrigkeit zahlen. „Als Passant haben Sie keine Chance, die Frau

zu überführen, weil sie Bild- und Videoaufnahmen von ihr nicht aufzeichnen dürfen, denn das Recht der Frau am eigenen Bild ist vor Gericht höher zu bewerten als die Ordnungswidrigkeit des Taubenfütterns“, glaubt Rehse.

Aber ein Fütterungsverbot alleine wird die Tiere nicht verdrängen. Vor zwei Jahren scheiterte das Projekt Taubenhaus, weil das dafür vorgesehene Rhombusgelände nicht zur Verfügung stand. Nach Wuppertaler Vorbild sollten dort die Tiere angesiedelt werden und deren Eier durch Gipsimitate ausgetauscht werden, um die Population der Vögel zu regulieren.

Rehse, dessen Partei sich für diesen Vorschlag im Rat engagiert hatte, erinnert sich. „Die Betreuung der Tiere wollte die Stadt nicht übernehmen. Der

Tierschutzverein unter der Leitung von Magda Ditges hatte sich bereiterklärt, die Verantwortung zu tragen.“

Tierschutzverein: Keine Chance sich um die Vögel zu kümmern

Seitdem Günter Leuerer als 1. Vorsitzender das Sagen hat, sei das Thema Taubenhaus in Wermelskirchen allerdings komplett verebbt. Leuerer rechtfertigt sich im WGA: „Der Tierschutzverein kann sich nicht um die Betreuung von Tauben kümmern. Wir gehen finanziell wie auch personell auf dem Zahnfleisch.“ Die Vision seiner Vorgängerin, Magda Ditges, sei schlicht „Unfug“ gewesen. „Die Unterhaltung solcher Taubenhäuser ist sehr zeitintensiv. Sie müssen die Tiere anfüttern und deren Tonnen an Kot entfernen.“ Leuerer sieht das Problem in

der Bevölkerung. „Auf der Telegrafienstraße gibt es Bäcker und Schnellimbisse. Die Kundschaft dort schmeißt ihren Müll einfach auf den Bürgersteig oder neben die Mülltonne.“ Ein gefundenes Fressen für die „Ratten der Lüfte“. Er sieht die Stadt in der Pflicht, dieses Problem zu lösen. „Das wäre jedoch nur durch mehr Leute beim Ordnungsamt möglich, die die Straßen auf Sauberkeit kontrollieren. Doch wie soll das die Kommune bezahlen?“, fragt Leuerer.

Er befürwortet den Schritt der WNK/UWG, nun das Fütterungsverbot von Tauben in der Ortsatzung zu verankern. „Bislang konnten die Bürger ja nur wegen der Verunreinigung von Gehwegen belangt werden“, erklärt Leuerer. Den Vorschlag, einen Falken erneut

TAUBEN-TOURISMUS

UMWELT Wie Günter Leuerer, 1. Vorsitzender des Tierschutzvereins mitteilt, gibt es eine Art Tauben-Tourismus. Er habe von Wermelskirchen gehört, die extra mit dem Bus nach Köln fahren, um in der Domstadt die Tauben zu füttern. Mit einem Sack voll Körnern würden diese die Rheinmetropole besuchen.

durch die Telegrafienstraße jagen zu lassen, halte er für eine reine Slapstick-Einlage. „Die Tauben haben sich darüber kaputt gelacht.“ Die einzige Möglichkeit, der Taubenplage in der Innenstadt Herr zu werden, sei die Tiere durch Installationen auf Dächern und an möglichen Nistplätzen zu vergrämen. » Standpunkt

Ohne Kontrolle sinnlos

Von Karsten Mittelstädt

Ja gibt es in Wermelskirchen denn kein wichtigeres Problem zu lösen als die Beseitigung einiger Tauben? Wer nicht gerade im Stadtzentrum wohnt, mag so denken. Wem der Taubenkot bis ins Schlafzimmer geflogen kommt, wie der Wermelskirchenerin Doris Blicke, ist da sicher anderer Ansicht. Tauben können zum Problem werden, wenn sie sich unkontrolliert vermehren – sogar in Wermelskirchen. Noch sind nur einzelne Gebäude vom aggressiven Kot betroffen. Zu lösen ist das Problem aber nicht, indem man mit Kanonen auf Spatzen schießt, sprich aufwendige Methoden wählt, um die Tiere zu vertreiben. Wie so oft helfen nur Verbote.

Das ist leider so in unserer Gesellschaft. Erst wenn es im Geldbeutel schmerzt, wird reagiert. Das war vor Jahrzehnten bei der Anschnallpflicht so, wird beim Verbot von Smartphones am Steuer so sein und dürfte auch gegen die Tauben helfen, die sich solange gut vermehren, solange sie – beabsichtigt oder nicht – gut ernährt werden. Die Frage ist nur: Wer soll das Fütterungsverbot kontrollieren? Ohne Überwachung ist die Satzungsänderung sinnlos.

» Fütterverbot ...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de